



# Ein Jahr Widerstand im Wiener Sozialbereich

Seit einem Jahr tut sich einiges im Sozialbereich: Menschen, die im Pflege- und Sozialbereich arbeiten, kämpfen aktiv gegen Ausgliederung und Privatisierung sowie gegen Kürzungen im Sozialbereich. Ein wichtiger Anlass war die Ausgliederung der MA 12 und der MA 47 in den Fonds Soziales Wien (FSW).

## WARUM SIND WIR GEGEN DEN FSW?

Mit dieser Ausgliederung ist nunmehr eine private Firma (im Auftrag der Gemeinde Wien) für den Sozialbereich zuständig. Sozialvereine mit insgesamt mehr als 15.000 Beschäftigten aus Pflege, Sozialarbeit, Behindertenarbeit usw. müssen mit dem FSW über ihre Budgets verhandeln.

- ▶ Bis heute gibt es vom FSW keine Zusicherung einer angemessenen Finanzierung der Löhne und Gehälter (Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen).
- ▶ Für viele Menschen, die in Wien Sozialleistungen in Anspruch nehmen, bedeutet der FSW vor allem Rechtsunsicherheit.
- ▶ Mit dieser Ausgliederung des Sozialbereichs gibt die Gemeinde Wien die politische Verantwortung für kommende Kürzungen ab.

Die soziale Situation in der Stadt wird sich verschärfen. Die Anzahl der Menschen mit Pflegebedarf, Behinderung

usw. steigt. Die Offensive der Unternehmer und der Bundesregierung gegen die sozialen Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitslosen bringt (vor allem in Wien) mehr Menschen ohne Arbeit, Wohnung usw. Die Stadtregierung wird auf diesen Trend mit Einsparungen reagieren. Auch die Löhne, Gehälter und Qualitätsstandards der Beschäftigten im Sozialbereich geraten dadurch unter Druck. Außerdem kürzt die Gemeinde Sozialleistungen.

## GEMEINSAM GEGEN DEN WIENER SOZIALABBAU ...

- ▶ Durch die Politik der Bundesregierung und die Angriffe der Wirtschaft steigen Arbeitslosigkeit und Armut. Gleichzeitig kürzt die Gemeinde Wien die Sozialhilfe.
- ▶ Kosten für Strom, Gas und Mieten in Gemeindebauwohnungen steigen enorm.
- ▶ Während ein Ausbau moderner Sozialeinrichtungen notwendig wäre, wird im Gemeindebereich gekürzt und gespart. Erfolgreiche Projekte werden geschlossen oder stark eingeschränkt (z.B. Echo, das Drogentherapieprojekt "Change", Verschlechterungen bei der MA11, etwa durch die Auflösung der MAF )

Wer heute im Sozialbereich arbeitet, ist gut beraten, gemeinsam mit anderen Bereichen Widerstand gegen diese Entwicklung zu leisten!

# Wie weiter mit der Plattform Soziales in Wien?

## Wie soll der Widerstand weitergehen?



Im Zuge der Auseinandersetzungen rund um die Finanzierung von sozialer Arbeit in Wien begannen sich viele Menschen zu organisieren. Es entstand die "Plattform Soziales in Wien". Die mit einer Podiumsdiskussion, einem Aktionstag vor dem Wiener Rathaus am 1.Juli 2004 und einer Betriebsrätenkonferenz ein starkes Lebenszeichen des Widerstandes von sich gab. Wir haben diese Aktionen immer voll unterstützt und maßgeblich mitgetragen.

### VERHANDLUNGEN UND AKTIONEN!

Eine wichtige Auswirkung der Aktionen war der Beginn von Verhandlung bzw. Gesprächen mit dem FSW. Damit steht die Plattform aber vor einer wichtigen strategischen Entscheidung: Soll es während der Gespräche mit der FSW-Spitze Aktionen zur Unterstützung der Forderungen der Plattform geben oder nicht? Wir von der PLATTFORM FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN meinen, dass es während der Gespräche unbedingt verschiedene Aktionen geben sollte. Aktionen sind kein Selbstzweck, sondern erfüllen wichtige Funktionen:

1. Für die Umsetzung der Forderungen gibt es viele gute Argumente: wie wichtig Qualität, gute Bezahlung und

Mitsprache von Betroffenen ist, lässt sich ohne weiters wissenschaftlich untermauern. Leider ist aber bei Verhandlungen nicht entscheidend, wer die besseren Argumente hat, sondern wer sich besser durchsetzen kann! Hinter dem FSW und seinem Verhalten steht das Rathaus, nur wenn viele Betroffene gemeinsam mit uns politischen Druck erzeugen, können wir unsere Forderungen durchsetzen. Es ist unbedingt notwendig, öffentlichen Druck zu erzeugen, damit unsere Forderungen gehört werden!

2. Die Sozialkürzungen in Wien werden weiter gehen. Gleichzeitig steigen die Kosten für Pflege, Betreuung, Drogenprävention usw. Die Stadt Wien will offensichtlich keine Alternative zur neoliberalen Sparpolitik der Bundesregierung gelten lassen. Über kurz oder lang wird auch bei den Förderungen für Sozialeinrichtungen gespart werden. Das bedeutet Verschlechterungen bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Qualität der Leistungen. Je mehr wir jetzt für unsere Forderungen zu tun bereit sind und dafür auch auf die Strasse gehen, desto besser werden wir uns gegen kommende Kürzungen zur Wehr setzen können!

### DEMOKRATISCH UND ÜBERFRAKTIONELL...

Eine mögliche Stärke der "Plattform soziales in Wien" liegt in einer möglichen überfraktionellen, demokratischen Arbeitsweise. Die fünf Forderungen(siehe untenstehende Postkarte) und deren Umsetzung müssen im Vordergrund stehen. Beschäftigte, Betriebsräte und GewerkschafterInnen entwickeln und beschließen eine Strategie zur Umsetzung der Forderungen, und setzen diese (möglichst umgebremst von der eigenen Fraktion) gemeinsam um.

Am 18. Jänner 2005 beschloss eine gemeinsame Betriebsversammlung eine gemeinsame große Aktion, um ein deutliches Zeichen der Stärke der Beschäftigten im Sozialbereich zu setzen. Wir drängen aus zwei Gründen auf die Umsetzung dieses Beschlusses: 1. Weil es unserer Vorstellung von gemeinsam demokratisch gefassten Beschlüssen entspricht, dass diese auch umgesetzt werden sollen. 2. Weil eine gemeinsame öffentliche Aktion zur Festigung der Plattform enorm wichtig für den Erfolg unserer Bewegung ist.

### Ich unterstütze die Forderungen

Absicherung der Beschäftigten im Sozialbereich und Garantie guter öffentlicher Sozialleistungen jetzt!

Im Zuge der Ausgliederung großer Teile der öffentlichen Sozialverwaltung und Dienststellen der Stadt Wien in den Bereichen Pflege und Betreuung zu Hause, Behindertenbetreuung und Wohnungslosenhilfe fordert die Plattform Soziales in Wien:

- Die Vergabe öffentlicher Gelder an Vereine und Unternehmen im Sozial- und Gesundheitsbereich soll an die Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards (insbesondere Mindestlöhne) gebunden sein. Die öffentliche Hand, somit der Fonds Soziales Wien muss den Kollektivvertrag und die Betriebsvereinbarung ausreichend finanzieren!
- Langfristige Verträge für Vereine und Unternehmen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die zumindest auf fünf Jahre die Finanzierung sicherstellen und eine hochwertige Leistung im Sozial- und Gesundheitsbereich ermöglichen.
- Keine Verschlechterung für die Beschäftigten der Stadt Wien bei Ausgliederungen und Auslagerungen! Gleichstellung der privatrechtlich Angestellten mit den städtischen Bediensteten in den ausgegliederten Unternehmen, Vereinen und Fonds!
- Bei der Entwicklung und Festlegung der Qualitätsstandards im Sozial- und Gesundheitsbereich müssen die Betroffenen (Beschäftigten, KlientInnen, Angehörige) einbezogen werden! Wir fordern einen Fachbeirat für den Fonds Soziales Wien!
- Wir fordern zumindest ein Mitbestimmungsrecht analog den gesetzlichen Regelungen in der Privatwirtschaft im Fonds Soziales Wien - im Ausmaß von einem Drittel der Mitglieder in allen zentralen Organen des FSW!

An den  
**Betriebsrat bei Balance**  
Böckhsgasse 9/6/3  
1120 Wien

Name \_\_\_\_\_ Anschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_





## “Streikfähig – statt streichfähig”

Ein großes Problem des privaten Sozialbereichs ist die völlige Zersplitterung in verschiedenste Vereine und Firmen, innerhalb dieser Firmen geht dann die Aufsplittierung in verschiedene Dienststellen weiter. Der Sozialbereich ist außerdem ein relativ junger Bereich mit hoher Personal-Fluktuation. Dazu kommt eine, im Vergleich zu Betrieben wie der VÖEST oder den ÖBB, mangelnde Erfahrung mit gewerkschaftlicher Organisation und gewerkschaftlichen Protestaktionen. Viele KollegInnen stellen sich zurecht die Frage: Wie können Streiks organisiert werden, ohne dass unsere KlientInnen zu Schaden kommen?

Als Beschäftigte im Sozialbereich müssen wir verschiedene Protestformen entwickeln und von einander lernen. Es gibt unterschiedliche Formen von Notdienst, Einbeziehung der KlientInnen und vielem mehr. Internationale Beispiele zeigen: Streiks sind möglich und effektiv! Wir müs-

sen uns diese Streikfähigkeit gemeinsam erarbeiten!

Die nahe Zukunft wird Arbeitskämpfe unterschiedlichster Art provozieren, es liegt an uns – den Betroffenen –, die Gemeinsamkeiten unserer Interessen in den Vordergrund zu stellen. Im Sozialbereich etwa können gemeinsam durchgeführte Aktionen von Beschäftigten, PatientInnen, KlientInnen und deren Angehörigen sowie von SachwalterInnen, TherapeutInnen und StudentInnen, SchülerInnen und Lehrenden an Universitäten, Fachhochschulen und pädagogischen Akademien zum Erfolg führen. Wie gesagt: 15.000 arbeiten in Wien im Sozialbereich, viele Tausende PatientInnen, KlientInnen und Angehörige haben begründetes Interesse an der Aufrechterhaltung der Qualität ihrer Dienstleistungen. Branchenübergreifende Protestaktionen und Streiks können – und werden – zum Erfolg kommerzieller Arbeitskämpfe führen, wenn die Betroffenen es wollen!

## Internationale Beispiele zeigen: Geschlossener Widerstand führt zum Erfolg!

Über 400 KollegInnen beteiligten sich bei der Aktion “GmbH-freie Zone” am Klinikum Stuttgart.



Verschlechterungen können abgewehrt werden, wenn Betriebsräte und Gewerkschaften bereit sind, gemeinsam mit den betroffenen Belegschaften auf die Straße zu gehen. So etwa in Stuttgart: dort wehren sich die Beschäftigten seit vielen Jahren gegen die Privatisierung. Zuletzt – als die Angriffe konkret wurden – erklärten die Belegschaften, die dortige Gewerkschaft Verdi und linke Gruppen das Stuttgarter Klinikum zur “GmbH-freien Zone”.

400 Kolleginnen beteiligten sich an dieser Aktion. Mit einem großen Teilerfolg: *“Erst mal bleiben wir Eigenbetrieb und erst mal verzichtet die Stadt auf die Forderung nach einem Absenkungstarifvertrag. Damit bleiben wir das einzige städtische Klinikum in dieser Größe in Deutschland (so viel wir wissen), das nicht als GmbH betrieben wird oder schon verkauft ist”*, schreibt Dieter Jansen, Personalratsvorsitzender des Klinikums und SAV-Mitglied (deutsche Schwesterorganisation der Sozialistischen LinksPartei).

Erst kürzlich erzwang die französische Regierung beim EU-Gipfel eine Überarbeitung der berühmt-berüchtigten “Bolkestein-Richtlinie”, welche die totale Liberalisierung von Dienstleistungen unter verschärften Bedingungen vor sieht. Dieser Umstand ist nur auf den massiven Widerstand der Beschäftigten im Sozialbereich, vor allem auf die Streiks im öffentlichen Sektor, zurückzuführen. Hätten nicht nur die französischen KollegInnen, sondern alle Lohnabhängigen EU-weit gestreikt, wäre die Bolkestein-Richtlinie heute schon vom Tisch!

# Was ist die Plattform für demokratische und kämpferische Gewerkschaften?



Die Plattform für demokratische und kämpferische Gewerkschaften gibt es seit dem ÖGB- Kongress im Oktober 2003.

Das Jahr 2003 war ein besonderes, es geht als jenes mit den meisten und größten Streiks in die Geschichte der 2. Republik ein. Rund eine Million KollegInnen haben sich laut Statistik des ÖGB an daran Teilgenommen. Völlig berechtigt sahen Millionen KollegInnen in nahezu allen Branchen das Maß als übervoll an. Die Spitze des ÖGB und einzelner Gewerkschaften musste dem massivem Druck ihrer Mitgliedschaft nachgeben und in den Kampf ziehen. Ohne Zweifel: Die Menschen wollten kämpfen um die Angriffe zurückzuschlagen. Was hat die ÖGB-Spitze aus diesen Demonstrationen der Stärke gemacht?

Im Moment größter Durchschlagskraft der solidarischen Kampfmaßnahmen hat die Führing des ÖGB von oben herab die Streiks für beendet erklärt und ihre Mitglieder im Regen stehen lassen. Die ÖGB-Führing der besser verdienenden Funktionäre hat den Sieg der Streikenden gegen einen ungenügenden Kompromiss mit Regierung und Wirtschaft eingetauscht. Ein solches Vorgehen des ÖGB gegen die Interessen der kämpferischen Gewerkschaftsbasis ist

undemokratisch und darf sich nicht wiederholen!

## GEMEINSAM FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN!

Hätte die Gewerkschaftsspitze die Streikabbrüche bei den Streiks gegen den Pensionsraub oder beim ÖBB-Streik einer demokratischen Abstimmung unterzogen, hätten sie wahrscheinlich keine Mehrheit dafür gefunden. Für erfolgreiche Kämpfe ist die aktive und demokratische Einbindung der Belegschaft in die Streiks und die Entscheidungsfindung zentral. Daher stehen wir für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, und arbeiten ÜBERFRAKTIONELL am Aufbau einer aktiven, dynamischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften unterstützt aktive, kämpferische Initiativen zur Abwehr wirtschaftlicher und sozialer Verschlechterungen. Die Plattform strebt die Zusammenarbeit von kämpferischen KollegInnen in verschiedenen Branchen an. Wir wollen uns bei Auseinandersetzungen gegenseitig unterstützen. Es geht darum, von einander zu lernen, gemeinsam aktiv zu werden. Bei AUA, Postbus, ÖBB, Veloce und im Wiener Sozialbereich war unsere Plattform ein wesentliches Mittel, die kämpfenden KollegInnen in ihren Anliegen zu unterstützen und branchenübergreifende Solidarität zu organisieren. Die Plattform steht für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen müssen ohne Rücksichtnahme auf Partei- und Unternehmerinteressen durchgesetzt werden. Eine Gewerkschaft muss für die Interessen ihrer Mitglieder kämpfen und sie muss ihre Mitglieder demokratisch in die Entscheidungen einbinden. Je mehr Menschen sich für eine derartige Politik einsetzen, desto mehr Erfolgchancen bestehen. Machen Sie / Mach also mit!

# Mach mit!

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ist eine offene Plattform für ArbeitnehmerInnen, GewerkschaftsaktivistInnen, BetriebsrätlInnen und PersonalvertreterInnen gleich welcher Fraktion oder Branche. Jede und jeder ist herzlich eingeladen, sich gemeinsam mit Gleichgesinnten für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik einzusetzen und Erfahrungen auszutauschen.

### gemeinsam **aktiv**

Für unsere Zeitung gemeinsam **aktiv** suchen wir immer Termine, Berichte von Aktionen und Veranstaltungen sowie Berichte aus Betrieben. Wir freuen uns über E-Mails bzw. Anrufe.



wastun@gewerkschaftsplattform.org  
www.labournet Austria.at  
Tel. 01.524 63 10

## TERMINE

Freitag, 29. April 2005 um 19<sup>30</sup> Uhr

### DISKUSSION:

“Schutzzonen – Ein Rezept gegen Drogenmissbrauch?”  
SLP Wien-Süd, Bunte Kuh  
Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

Dienstag, 3. Mai 2005 um 19<sup>00</sup> Uhr

### DISKUSSION:

“Wie weiter mit der Plattform Soziales in Wien?”  
Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften  
Große Sperlg. 41, 1020 Wien

Freitag, 12. Mai 2005 um 19<sup>30</sup> Uhr

### DISKUSSION:

“Bye-Bye Bolkestein”  
SLP Wien-Süd, Bunte Kuh  
Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien